

Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument

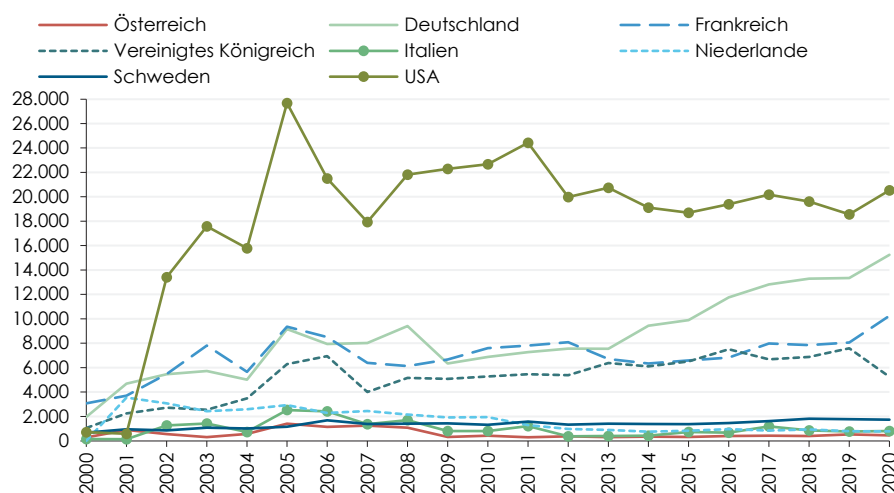
Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends

Klaus Friesenbichler, Birgit Meyer (WIFO)

- Die geopolitische Dynamik führte zu einer Neuausrichtung internationaler wirtschaftspolitischer Instrumente.
- Etablierte Akteure wie die USA und die EU bündeln bestehende Programme der Entwicklungszusammenarbeit und betonen "westliche Werte".
- Chinas Regierung finanziert in der "Neuen Seidenstraße" über Kredite die Errichtung von Infrastruktur.
- Österreich sollte seine finanziellen Zusagen für die Entwicklungszusammenarbeit erfüllen.
- Die Entwicklungszusammenarbeit ist Teil des Instrumentenmix und sollte mit den Zielen und Akteuren der Außen- und Wirtschaftspolitik abgestimmt werden.
- Österreich kann als kleine offene Volkswirtschaft nur im europäischen Verbund erfolgreich sein.
- Die europäische Entwicklungszusammenarbeit müsste tiefgreifend reformiert werden, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Bilaterale Auszahlungen für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) im internationalen Vergleich

In Mio. \$ zu konstanten Preisen von 2020



"Die bilateralen Zahlungen für die Entwicklungszusammenarbeit spiegeln geopolitisches Engagement wider. Sie werden von den USA und den großen EU-Mitgliedsländern dominiert. Österreich nimmt eine untergeordnete Rolle ein."

Österreichs Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) entsprechen 2020 etwa 0,3% des Bruttonationaleinkommens. Sie lagen damit noch deutlich unter dem nationalen und EU-weiten Zielwert von 0,7% des Bruttonationaleinkommens, der bis 2030 erreicht werden soll (Q: OECD, Creditor Reporting System).

Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument

Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends

Klaus Friesenbichler, Birgit Meyer (WIFO)

Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument. Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends

Durch Chinas "Neue Seidenstraße" entstand ein globaler Wettbewerb um die Teilhabe an Wachstumsmärkten, den Zugang zu kritischen Rohstoffen und um politischen Einfluss in Entwicklungsländern. Der Auftritt Chinas auf der geopolitischen Bühne vergrößerte für die Empfängerländer die Auswahl an möglichen Geldgebern. Dies befeuerte die Diskussion über den Anpassungsbedarf der europäischen Entwicklungszusammenarbeit, die bereits heute dem Druck unterliegt, ihre Ziele verstärkt mit außen- und sicherheitspolitischen Interessen zu verknüpfen. In einem ersten Schritt reagierten die Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit der EU und der USA mit einer Bündelung von Programmen. Auch werden "westliche Werte" sowie Umwelt- und Sozialstandards nunmehr stärker betont. Weitere Anpassungen der europäischen Institutionenarchitektur müssen folgen. Österreich sollte die Mittel für Entwicklungspolitik auf das völkerrechtlich zugesagte Niveau anheben. Als kleine offene Volkswirtschaft muss Österreich zur effektiven Mittelverwendung im europäischen Verbund vorgehen und eine enge Abstimmung nationaler Akteure gewährleisten.

JEL-Codes: F35, O10, O19 • **Keywords:** Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungshilfe, wirtschaftliche Entwicklung, Geopolitik

Der vorliegende Beitrag basiert in weiten Teilen auf einer WIFO-Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes: Yvonne Wolfmayr, Susanne Börenthaler-Sieber, Michael Böheim, Elisabeth Christen, Gabriel Felbermayr, Klaus Friesenbichler, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Atanas Pekanov, Franz Sinabell, Strategische Außenwirtschaftspolitik 2030 – Wie kann Österreich Geoökonomie-Konzepte nützen? (Oktober 2022, 249 Seiten, 70 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69805>). Es wird insbesondere auf das Kapitel zur Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit zurückgegriffen.

Begutachtung: Guntram Wolff (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 13. 11. 2023

Kontakt: Klaus Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Birgit Meyer (birgit.meyer@wifo.ac.at)

Development Policy as Goeconomic Instrument.

A Perspective Against the Backdrop of Global Trends

China's "New Road" created a global competition for participation in growth markets, access to critical raw materials and political influence in developing countries. China's emergence on the geopolitical stage has widened the range of potential donors for recipient countries. This has fuelled the debate on the need to adapt European development cooperation, which is already under pressure to link its objectives more closely to foreign and security policy interests. As a first step, EU and US development cooperation institutions responded by bundling programmes. Western values' and environmental and social standards are now also being emphasised more strongly. Further adjustments to the European institutional architecture must follow. Austria should increase its funding for development policy to the level promised under international law. As a small, open economy, Austria must act in a European network to ensure the effective use of funds and close coordination between national actors.

1. Ausgangslage

Chinas "Belt and Road Initiative" führte weltweit zu einer Neuinterpretation der Entwicklungszusammenarbeit.

In den letzten Jahren rückte in Europa die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) verstärkt in den Fokus geopolitischer Überlegungen. Das Erscheinen neuer globaler Akteure – allen voran Chinas mit der "Belt and Road Initiative" (BRI) bzw. der "Neuen Seidenstraße" – löste einen Wettbewerb um Einfluss in Entwicklungs- und Schwellenländern aus. Dies hatte, vor allem auf europäischer Ebene, Anpassungen des Instruments der "Entwicklungszusammenarbeit" zur Folge. Die Sorge um die globale "Wettbewerbsfähigkeit" des europäischen Modells bzw. den Einfluss Europas in der Welt führt u. a. zu einer stärkeren Abstimmung der Elemente der EU-Entwick-

lungspolitik. Insbesondere wird die EZA zunehmend mit der Außenwirtschafts- und Außenpolitik verwoben.

Die rezenten weltweiten Entwicklungen rund um China oder den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erhöhen die Dringlichkeit von Reformen, wobei die EZA einen prominenten Platz in der Diskussion einnimmt. Jedoch ist die Verknüpfung der EZA mit strategischen Interessen der Geldgeber und -nehmer nicht neu. Zahlreiche Länder wie etwa die USA knüpfen ihre EZA traditionell an die Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen. So erhielten z. B. einige Länder in

Lateinamerika höhere Summen, sofern sie sich am "Krieg gegen Drogen" beteiligten. Zentral für die Vergabe von EZA-Geldern sind üblicherweise politische Beziehungen, z. B. aufgrund einer Kolonialvergangenheit oder gleicher politischer Ausrichtung, ablesbar etwa am Streben nach Demokratisierung oder am gleichen Abstimmungsverhalten in der UN-Vollversammlung (Alesina & Dollar, 2000; Bandyopadhyay & Vermann, 2013).

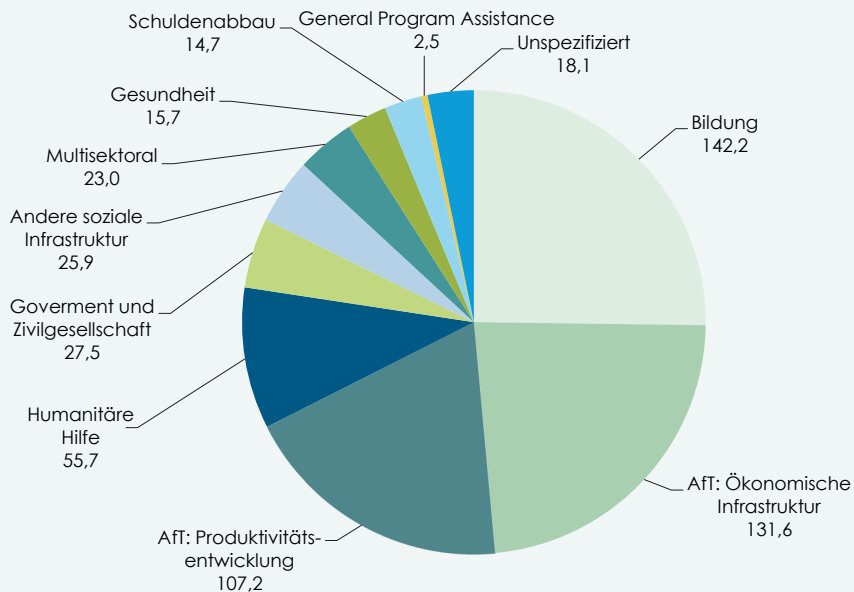
Dieser Beitrag geht zunächst den Fragen nach, wie die Instrumente der Entwicklungspolitik funktionieren, und welche Geberländer mit welchen Instrumenten, mit oder ohne strategische Absichten ("targeted interventions"), in welchen Regionen tätig sind. Dies erlaubt eine überblicksartige Einordnung der Relevanz der Instrumente nach Geberland, mit besonderem Schwerpunkt auf Österreich. Kapitel 3 umreißt die EZA-Ausrichtung zentraler Akteure (EU, G7, China) und setzt sie zur österreichischen Position in Bezug. Daraus lassen sich mehrere

Handlungsoptionen und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen ableiten.

Die Positionierung kleiner offener Volkswirtschaften wie Österreich nimmt eine Sonderstellung ein. Aufgrund der Landesgröße benötigen sie Partner, um effektive Entwicklungs- und Außenpolitik zu betreiben und ihre Interessen durchzusetzen. Die internationale Vernetzung beeinflusst den angewandten Instrumentenmix. So dominierte innerhalb der österreichischen EZA i. e. S. lange Zeit die humanitäre Hilfe, die oftmals kurzfristig vergeben wird, um die Auswirkungen von Naturkatastrophen, Kriegen und anderen humanitären Krisen möglichst schnell zu mildern. In den letzten Jahren wurde allerdings die wirtschaftsnahe EZA verstärkt, die weitgehend projektorientiert abgewickelt wird. Seit 2006 stieg der Anteil der Auszahlungen von bilateraler EZA zur Unterstützung der Wirtschaft, insbesondere der Außenwirtschaft (Aid for Trade – AfT) stetig auf mehr als 42%. Die humanitäre Hilfe machte dagegen 2020 nur mehr rund 10% der Gesamtmittel aus (Abbildung 1).

Abbildung 1: **Sektorale Verteilung der bilateralen Auszahlungen Österreichs für Entwicklungszusammenarbeit**

2020, in Mio. \$ zu konstanten Preisen von 2020



Q: OECD, Creditor Reporting System. AfT . . . Aid for Trade.

Dies zeigt, dass die EZA mittlerweile als geopolitisches Instrument und nicht mehr nur als rein humanitär ausgerichtetes Instrument der Armutsbekämpfung verstanden wird. Eine verstärkte geopolitische Ausrichtung der EZA erlaubt es, sie für die Wirtschaftspolitik zu nutzen. Dies schließt sowohl eine stärkere Verflechtung von EZA mit wirtschaftlichen Interessen ein, als auch eine Sanktionierung unerwünschten Verhaltens von Empfängerlän-

dern durch die Kürzung oder den Entzug von EZA-Mitteln. Kritiker:innen argumentieren etwa bezüglich der "Global Gateway"-Strategie, dass bisherige Entwicklungsziele der EU – wie Armutsbekämpfung, Demokratisierung, gemeinsame Projektverantwortung mit dem Partnerland, transparente Abwicklungsstrukturen bei Entwicklungsprojekten oder das Prinzip, "keinen Schaden zu verursachen" – aufgeweicht werden könnten

Die Entwicklungszusammenarbeit ist zunehmend mit wirtschaftlichen Interessen verflochten.

(Furness & Keijzer, 2022). Neben den Auswirkungen auf die Zielerreichung könnten sich durch eine Neuinterpretation der EZA im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung von geopolitischen Zielen auch der Instrumen-

tenmix und die geografische Schwerpunktsetzung verändern. Einschränkungen der Instrumente und Zielkonflikte zeigen zudem häufig Parallelen zur Handelspolitik.

2. Trends und Dynamiken in der Vergabe von EZA-Mitteln

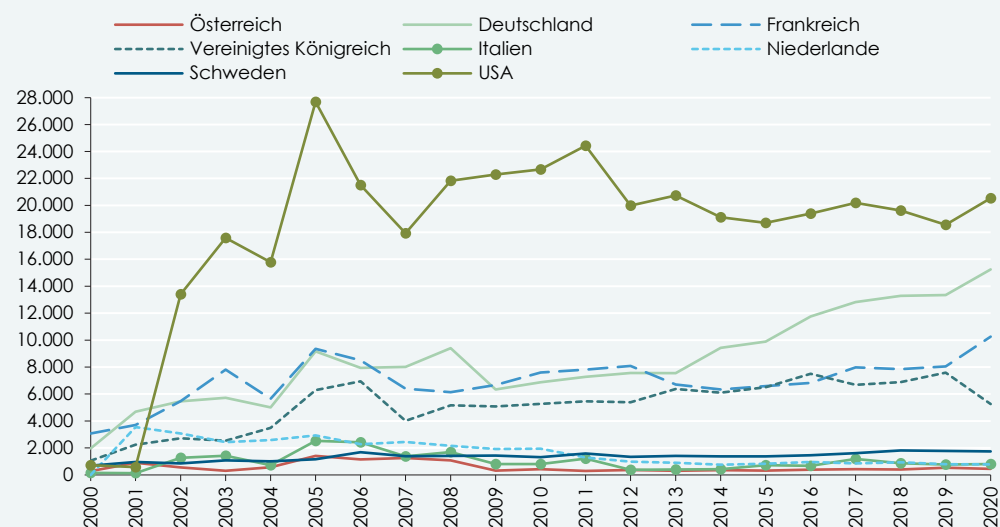
Österreichs Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit sind geringer als jene vergleichbarer Volkswirtschaften, etwa Schwedens oder der Niederlande.

Die öffentlichen Leistungen im Rahmen der EZA Österreichs betragen 2021 knapp 1,234 Mrd. € (auf Zuschussäquivalent-Basis). 2020 lagen sie laut OECD bei insgesamt 1.113,0 Mio. €, wovon 451,0 Mio. € auf die bilaterale und 662,0 Mio. € auf die multilaterale EZA entfielen. Österreichs EZA-Ausgaben sind deutlich geringer als jene vergleichbarer EU-Mitgliedsländer, und auch geringer als jene der Schweiz oder des Vereinigten

Königreiches (Abbildung 2). Dies gilt sowohl in Absolutbeträgen als auch gemessen an der EZA-Quote, d. h. den Ausgaben für EZA relativ zum Bruttonationalprodukt. Ähnlich kleine Volkswirtschaften, wie die Niederlande oder Schweden, haben traditionell eine deutlich stärkere entwicklungspolitische Dimension in ihrer Außenwirtschaftspolitik verankert oder betreiben aktive Entwicklungspolitik.

Abbildung 2: **Bilaterale Auszahlungen für Entwicklungszusammenarbeit im internationalen Vergleich**

In Mio. \$ zu konstanten Preisen von 2020



Q: OECD, Creditor Reporting System.

Österreichs EZA-Aufwendungen entsprechen 2020 rund 0,3% des Bruttonationaleinkommens und somit in etwa dem langjährigen Durchschnitt. 2022 dürften die bilateralen EZA-Auszahlungen kräftig um etwa 2.540,0 Mio. € gegenüber der Schätzung für 2021 ausgeweitet worden sein. Dies ist auf die für Anfang 2022 anberaumte Umsetzung der Vereinbarung zur Teilentschuldung des Sudans zurückzuführen, die im Juli 2021 im Gläubigerforum des Pariser Clubs abgeschlossen worden war¹⁾.

Zwar sind in Österreich die öffentlichen Leistungen im Rahmen der EZA seit 2018 stetig gestiegen. Sie liegen jedoch noch deutlich unter dem nationalen und EU-weiten Ziel-

wert von jährlich 0,7% des Bruttonationaleinkommens, der bis 2030 erreicht werden soll. In Frankreich und den Niederlanden flossen 2020 etwa 0,5% des Bruttonationalprodukts in die EZA, in Deutschland rund 0,75% und in Schweden mehr als 0,9%. Schweden vergibt die Mittel vornehmlich aus altruistischen Gründen und vielfach projektspezifisch für den Aufbau sozialer Infrastruktur, einschließlich Bildung und Gesundheit.

Der Hauptteil der bilateralen EZA-Auszahlungen Österreichs floss in den letzten Jahren in europäische Entwicklungsländer wie die Westbalkanländer und die Türkei (Abbildung 3). Im Jahr 2020 betrug der Anteil dieser Länder mehr als 23%. Mit etwa

Österreich finanziert vor allem Projekte in den Westbalkanländern oder in der Türkei.

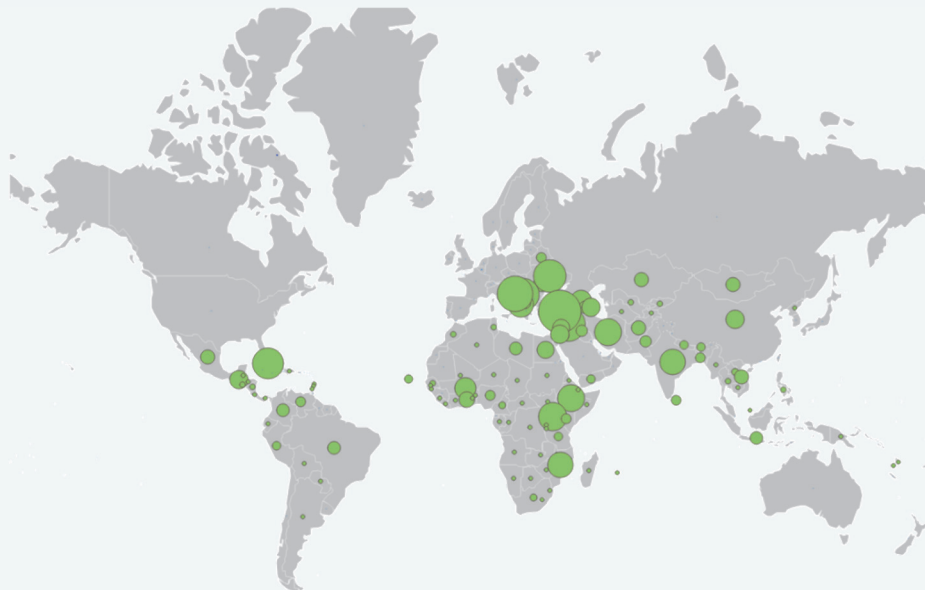
¹⁾ Siehe https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2022/beilagen/Entwicklungszusammenarbeit_2022.pdf (abgerufen am 7. 7. 2022).

109,3 Mio. \$ waren weitere 19% der bilateralen EZA-Auszahlungen für Afrika bestimmt, insbesondere für Uganda, Äthiopien und

Mosambik. Ein Großteil der humanitären EZA kam instabilen Ländern in Subsahara-Afrika zugute.

Abbildung 3: **Geografische Verteilung der österreichischen Auszahlungen für Entwicklungszusammenarbeit**

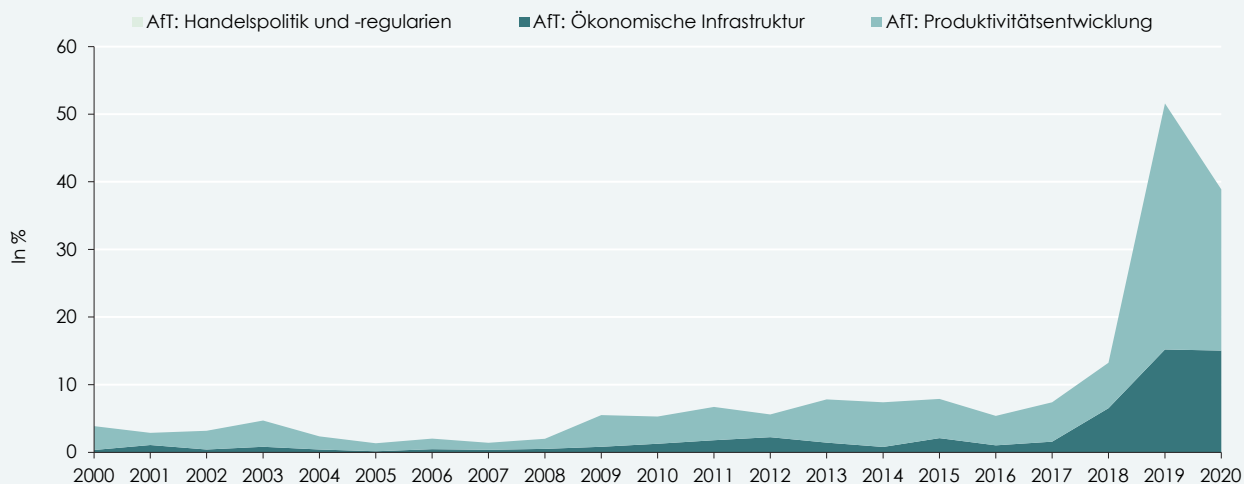
2020



Q: OECD (2022). – 1) Die Größe der Kreise repräsentiert die Höhe der bilateralen EZA.

Abbildung 4: **Entwicklung der österreichischen Aid for Trade (AfT)**

Anteil der AfT in % an den sektoralen Auszahlungen für Entwicklungszusammenarbeit insgesamt, zu konstanten Preisen von 2020



Q: OECD, Creditor Reporting System. Die Anteile der Kategorie "Handelspolitik und -regularien" sind marginal.

Innerhalb der EZA hat der Fokus auf gezielte Interventionen und projektspezifische EZA deutlich zugenommen. Während Länder wie die USA und China ihre EZA traditionell stark mit außenwirtschaftlichen und außenpoli-

tischen Zielen verzahnen und somit "Entwicklungspolitik" betreiben, gewann die Sichtweise, EZA mit eigenen Interessen zu verknüpfen, in der EU und ihren Mitgliedsländern erst in den letzten Jahren an Bedeu-

tung. So werden insbesondere Handelshilfen (Aft; Kapitel 3.1) zunehmend als Mittel gesehen, um den Handel mit Entwicklungsländern zu forcieren. Österreich hat seine Handelshilfen erst 2017 ausgeweitet, davor betrug der Anteil von Aft weniger als 7% an den EZA-Auszahlungen. Der Großteil der heimischen Handelshilfen fließt in den Aufbau von Infrastruktur und die Förderung des Aufbaus von Produktionskapazitäten in Entwicklungsländern, insbesondere in europäischen Empfängerländern auf dem Westbalkan. Die Zuwendungen für Handelspolitik und Han-

delsregularien machten in den letzten Jahren dagegen weniger als 1% des Gesamtvolumens der EZA aus.

Der Bedeutungsgewinn von Handelshilfen ab 2017 (Abbildung 4) beruht zum größten Teil auf einer Umverteilung von Auszahlungen für Schuldenabbau und unspezifizierte bilaterale EZA hin zu mehr spezifischer, projektgebundener EZA, um die Wirtschaft in Entwicklungsländern zu fördern und wirtschaftliche (bzw. soziale) Infrastruktur aufzubauen.

3. Ziele und Interessen der Entwicklungspolitik

3.1 Entwicklungszusammenarbeit als Instrument der Außenwirtschaftspolitik

"Aid for Trade" ist in der westlichen Entwicklungszusammenarbeit fest verankert.

Im Jahr 2005 wurde auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong die "Aid for Trade"-Initiative mit dem Ziel ins Leben gerufen, über EZA den Welthandel zu unterstützen. Aid for Trade, die als wirtschaftliche und soziale Brücke zwischen Geberländern und Entwicklungsländern fungieren soll, umfasst drei Hilfskategorien: EZA zur Unterstützung des Abbaus von regulatorischen Wirtschafts- und Handelshemmnissen, EZA für den Aufbau von ökonomischer Infrastruktur und EZA zur Unterstützung des Aufbaus von Produktionskapazitäten. Im Februar 2020 verabschiedete die WTO ein neues "Aid for Trade"-Arbeitsprogramm, das besonders den Aufbau von Netzwerken und Partnerschaften sowie den nachhaltigen Handel in den Vordergrund stellt, um Entwicklungsländern Chancen für nachhaltige Wirtschafts- und Exportdiversifizierung zu bieten.

Während die allgemeinen Effekte von EZA umstritten sind, erhöht gezielt vergebene Aft effektiv die Exporte der Empfängerländer (Helble et al., 2012; Hühne et al., 2014, 2015). Aft belebt insbesondere den Handel der Empfänger- mit den Geberländern, aber auch mit anderen Entwicklungsländern (Hühne et al., 2015). Gezielt ausgerichtete Handelshilfen haben zudem einen positiven Einfluss auf die Diversifizierung der Exporte der Empfängerländer (Kim, 2019).

Gezielte EZA kann auch dazu beitragen, Investitionshemmnisse abzubauen. So reduzieren insbesondere gezielte EZA-Mittel für Infrastruktur, postprimäre Bildung und Handel Investitionshindernisse und Investitionsrisiken, sowie Investitions- und Betriebskosten (Lee & Ries, 2016; Donaubaue et al., 2016). Gezielt ausgerichtete EZA-Projekte großer Geberländer wie Deutschland, Frankreich und USA senken in den Empfängerländern auch die durchschnittlichen Investitionskosten für ausländische Investor:innen (Donaubaue et al., 2022).

Die positiven Auswirkungen von Aft auf Handel und Auslandsdirektinvestitionen, den Aufbau von Infrastruktur und Bildung sind jedoch nicht universal, sondern zeigen sich vor allem in Ländern mit mittlerem Durchschnittseinkommen und dem asiatischen und lateinamerikanischen Raum. In Ländern mit niedrigem Humankapitalniveau, schwacher Governance und geringer wirtschaftlicher Entwicklung erscheinen die Hemmnisse, die Investitionen und Handel behindern, dagegen so schwerwiegend, dass auch gezielte Hilfsinterventionen kaum eine direkte und mittelbare Auswirkung auf Handel und Auslandsdirektinvestitionen haben dürften (Hühne et al., 2014; Donaubaue et al., 2022). Dennoch sind gerade solche Länder aus geostrategischer Sicht von Bedeutung, da sie häufig Lieferanten wichtiger Rohstoffe, wie z. B. von Cobalt, sind.

China nutzt Kredite und EZA als strategische Instrumente, um Einfluss in der Nachbarschaft und in geopolitisch wichtigen bzw. ressourcenreichen Ländern zu gewinnen. Externe Darlehen gehen hauptsächlich an Entwicklungsländer, wobei die Verträge nicht transparent sind, umfangreiche Vertraulichkeitsklauseln und häufig politische Auflagen enthalten (Gelpert et al., 2021). Groß angelegte Investitionen und die Vergabe von EZA-Mitteln im asiatisch-pazifischen Raum, aber auch in Afrika und Europa, zielen auf die Verbesserung der interkontinentalen Anschlussfähigkeit und der regionalen Zusammenarbeit ab (Bandiera & Tsiropoulos, 2019).

3.2 Chinas "Neue Seidenstraße"

Die wohl aufsehenerregendste Initiative ist Chinas "Neue Seidenstraße", die auch als "Belt and Road Initiative" (BRI) bekannt ist. Mit dem seit Jahrzehnten andauernden Wirtschaftswachstum hat sich China zusehends geöffnet und trachtet danach, Handels- und Infrastrukturnetze zu schaffen, um Vorleistungsketten und das eigene Wirtschaftswachstum abzusichern.

Die BRI zielt darauf ab²⁾, "die Konnektivität der asiatischen, europäischen und afrikanischen Kontinente und ihrer angrenzenden Meere zu fördern, Partnerschaften zwischen den Ländern entlang des Gürtels und der Straße aufzubauen und zu stärken, umfassende, mehrstufige und zusammengesetzte Verbindungsnetze zu errichten und eine diversifizierte, unabhängige, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern zu verwirklichen."

Die BRI ist eine globale Initiative, die jedoch auf der historischen "Seidenstraße" aufbaut und dadurch den Schwerpunkt auf Länder Zentralasiens, Ostafrikas, Osteuropas und des Nahen Ostens legt. Diese Regionen bestehen hauptsächlich aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Laut dem "Belt and Road Portal" nehmen derzeit insgesamt 71 Länder an der Initiative teil, die zusammen mehr als ein Drittel des weltweiten BIP und zwei Drittel der Weltbevölkerung repräsentieren.

Übersicht 1: **Schätzungen des Investitionsvolumens in Chinas "Neuer Seidenstraße"**

	American Enterprise Institute (AEI)	William & Mary TradeAid	UNCTAD	Shahid Yusuf (Growth Dialogue)	Morgan Stanley	Chinesische Regierung
Geschätztes Investitionsvolumen	272 Mrd. \$	354,4 Mrd. \$	448 Mrd. \$	1,2 Bio. \$	1,2 bis 1,3 Bio. \$	4 bis 8 Bio. \$
Hintergrund	Die Schätzungen basieren auf Transaktionsdaten	Die Schätzungen basieren überwiegend auf Daten zum Transport- und Energiesektor	Die Schätzungen basieren auf der Finanzierung von 68 Partnerländern	Die Schätzungen beinhalten vergangene und geplante Projekte	Die Schätzungen gehen für die Jahre 2018/2027 von einer Beschleunigung des Investitionswachstums aus	Die Schätzungen beinhalten zu einem Drittel realisierte und zu zwei Drittel geplante Projekte
Untersuchter Zeitraum	2014/2017	2000/2014	2014/2018	2013/2016	2012/2027	Nach 2014
Betrachtete Variablen	Ausländische Direktinvestitionen und Baudienstleistungen	EZA-Kreditvergabe	Ausländische Direktinvestitionen und Baudienstleistungen	Überwiegend Anleihen und Kredite	Infrastruktur, Investitionen und Handel	Nicht näher beschrieben

Q: WIFO auf Basis von Hammer und Litvin (2020).

Die BRI spielt in Chinas internationaler Kreditvergabe eine wichtige Rolle. Besonders ausgeprägt ist Chinas Bedeutung als internationaler Gläubiger in Ländern mit niedrigerem Durchschnittseinkommen. Horn et al. (2021) schätzen, dass China seit 2017 der wichtigste internationale Kreditgeber ist, noch vor der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds. Es liegen keine offiziellen Informationen über die Investitionsvolumina im Rahmen der "Neuen Seidenstraße" vor. Schätzungen dazu schwanken stark mit der analysierten Periode und den betrachteten Instrumenten (Übersicht 1). So sind etwa "in kind"-Leistungen schwer zu bewerten. Die Finanzierung erfolgt üblicherweise in der Form von geförderten Krediten. Das Förderelement bleibt häufig unklar.

Die Interessen Chinas im Zusammenhang mit der BRI sind umstritten. Die Bedürfnisse der wachsenden chinesischen Wirtschaft nach einem erweiterten Zugang zu Ressourcen und Märkten stehen oftmals im Widerspruch zu den Zielen der Entwicklungsländer. Gerade seit Mitte der 2010er-Jahre ist die BRI aufgrund der einseitigen Ausrichtung auf die strategischen Interessen Chinas in Kritik gera-

ten, was Raum für Alternativen, auch aus Europa, eröffnet.

3.3 "Global Gateway" der europäischen Entwicklungspolitik

Die österreichische Entwicklungspolitik ist eingebettet in europäische Initiativen, die wiederum selbst von globalen Dynamiken mitbestimmt werden. Am 1. Dezember 2021 stellte die EU die "Global Gateway"-Strategie vor, in deren Rahmen 2021/2027 bis zu 300 Mrd. € in Schwellen- und Entwicklungsländer investiert werden sollen. "Global Gateway" ist eine Antwort auf die COVID-19-Pandemie, Kriege und eine zunehmend multipolare Welt. Die Initiative finanziert sich aus unterschiedlichen Geldquellen, wobei wenig neue Gelder aufgewandt, sondern vor allem Mittel aus bestehenden Fördertöpfen bzw. Vorläuferinitiativen gebündelt werden (Tagliapietra, 2021):

- 135 Mrd. € an Investitionen sind im Rahmen des Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung plus (EFSD+) vorgesehen. Die EU stellt 40 Mrd. € an Garantiekapazitäten bereit, davon 26,7 Mrd. € über die Europäische Investitionsbank

Chinas "Belt and Road Initiative" fördert einerseits die wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern und dient andererseits Chinas geopolitischen Interessen.

²⁾ Siehe <https://www.beltroad-initiative.com/belt-and-road/> (abgerufen am 7. 7. 2022).

(EIB) und rund 13 Mrd. € über ein neues Programm des EFSD+, das sich an nationale Finanzierungs- und Entwicklungsfinanzierungseinrichtungen richtet.

- 18 Mrd. € stammen aus Zuschüssen im Rahmen anderer EU-Außenhilfeprogramme.
- 145 Mrd. € an geplanten Investitionen werden von den Finanzierungs- und Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen der Mitgliedsländer bereitgestellt.
- Bestehende Programme wie die Heranführungshilfe (IPA) III, Interreg, Invest-EU und Horizon Europe werden ebenfalls zur Mobilisierung von Ressourcen im Rahmen von "Global Gateway" genutzt. Die EU prüft zudem die Möglichkeit der Einrichtung einer EU-weiten Exportkreditfazilität.

Mit dem "Global Gateway" versucht die EU, europäische EZA-Mittel zu bündeln.

Inhaltlich stehen Infrastrukturinvestitionen im Zentrum, wobei zahlreiche Schwerpunktthemen genannt wurden, wie etwa die Bereiche Digitalisierung, Energie und Verkehr, oder Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssysteme. Zur Zielerreichung werden wirtschaftsnahe Instrumente angewandt.

Hinsichtlich der Art der Einflussnahme unterscheidet sich die "Global Gateway"-Initiative der EU von Chinas BRI. Während "Global Gateway" auf Instrumenten der klassischen EZA fußt, werden in der BRI vor allem Kredite vergeben. UNCTAD schätzt das Volumen von ausländischen Direktinvestitionen und Bauleistungen im Zeitraum 2014/2018 auf rund 448 Mrd. \$ (Hammer & Litvin, 2020). Im selben Zeitraum betragen die offiziellen EZA-Aufwendungen (Official Development Aid, ODA) der EU etwa 350 Mrd. €. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die europäischen Entwicklungsgelder einen deutlich höheren Förderanteil haben als Kredite, weshalb der Einfluss dieser Hilfgelder auf das einzelne Projekt höher angesetzt wird (Tagliapietra, 2021).

Mit B3W wollen die G7 "westliche Werte" in der Entwicklungszusammenarbeit transportieren und ein Gegenstück zu Chinas BRI schaffen.

3.4 "Build Back Better World" der G7

Unter der Schirmherrschaft der USA verlautbarten die sieben größten Industrienationen (G7) am 12. Juni 2021 die Infrastrukturförderinitiative "Build Back Better World" (B3W) für Entwicklungs- und Schwellenländer³⁾. Inhaltlich sollen die Bereiche Klimawandel, der Gesundheitssektor und dessen Sicherheit, Digitalisierung sowie Gleichstellung abgedeckt werden.

An B3W sollen sich zahlreiche Institutionen in den USA beteiligen, wie etwa die U.S. International Development Finance Corporation (DFC), die United States Agency for Interna-

tional Development (USAID), die Export-Import Bank of the United States (EXIM), die Millennium Challenge Corporation und die U.S. Trade and Development Agency (USTDA) sowie ergänzende Einrichtungen wie der Transaction Advisory Fund. Auch Institutionen in den G7, wie die jeweiligen nationalen Entwicklungsbanken, sollen mitwirken. Die verlaublichen Prinzipien sind geprägt durch "westliche Werte" und zielen auf gute Projektentwicklungspraktiken und -standards, Klimafreundlichkeit, starke strategische Partnerschaften, die Mobilisierung privaten Kapitals und die Nutzung des Wissens multilateraler Finanzinstitutionen ab. Somit böte B3W Geldnehmern grundsätzlich eine Alternative zur chinesischen BRI.

Nach der Ankündigung der Regierung der USA bzw. der G7 wurde B3W jedoch bisher nicht mit Mitteln unterlegt. Bislang wirken die Vorhaben wie Interessensbekundungen und ein Hinweis auf westliche Werte, die mit der EZA transportiert werden sollen. B3W kann somit als normatives Gegenkonzept zur BRI interpretiert werden.

3.5 Die österreichische Entwicklungspolitik

Zur österreichischen Entwicklungspolitik finden sich im Regierungsprogramm mehrere strategische Zielvorgaben. Es gelte⁴⁾, "mit Partnerländern und -organisationen Perspektiven vor Ort zu schaffen, humanitäre Hilfe in Krisenregionen auszubauen, einen verstärkten Fokus auf das Thema Migration zu legen und mehr Möglichkeiten für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu schaffen sowie entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Österreich aufzuwerten." Die "wirksame Hilfe vor Ort – etwa in Krisenregionen" sei dabei ein "zentrales Anliegen" der österreichischen Bundesregierung.

Diese Zielsetzungen spiegeln sich in der Aktualisierung des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik 2019/2021 aus dem Jahr 2021. Folgende Schwerpunkte werden genannt⁵⁾:

- Armut beseitigen – Grundbedürfnisse decken,
- Wirtschaft nachhaltig gestalten,
- Umwelt schützen und erhalten,
- Einsatz für Frieden und Sicherheit – Humanitäre Hilfe,
- inklusive Gesellschaften bilden und Frauen fördern.

Die Zielsetzungen der österreichischen Entwicklungspolitik sind demnach vor allem humanistisch motiviert und lassen nicht bzw.

Österreichs Entwicklungspolitik ist humanistisch ausgerichtet. Geopolitische Interessen spielen eine untergeordnete Rolle.

³⁾ Siehe <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/06/12/fact-sheet-president-biden-and-g7-leaders-launch-build-back-better-world-b3w-partnership/> (abgerufen am 7. 7. 2022).

⁴⁾ Siehe <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:7b9e6755-2115-440c-b2ec-cbf64a931aa8/RegProgramm-lang.pdf> (abgerufen am 5. 7. 2022).

⁵⁾ Siehe https://www.brmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussenpolitik/Entwicklungszusammenarbeit/Aktualisierung_3JP_2021.pdf (abgerufen am 5. 7. 2022).

nur in geringem Ausmaß auf eine geostrategische Verankerung schließen. Darüber hinaus wird auch die Beteiligung an multila-

teralen Initiativen betont, was für eine kleine offene Volkswirtschaft plausibel ist.

4. Handlungsoptionen

4.1 Abstimmung des geopolitischen Zielbündels mit dem Instrumentenmix

Die Verschneidung der Ziele von EZA, Außenwirtschaft und Außenpolitik erzeugt komplexe Zielbündel, was wiederum die konkrete Ausgestaltung von wirtschaftspolitischen Zielen beeinflusst. Es ist denkbar, dass aufgrund von Inkonsistenzen nicht alle Ziele gleichzeitig erreicht werden können, weshalb eine Abschwächung einzelner Ziele zugunsten des gesamten Zielbündels durchaus wünschenswert sein kann. Im aktuellen Kontext wäre ein Zielkonflikt etwa dann gegeben, wenn Entwicklungsprojekte in Ländern mit schwach ausgeprägten demokratischen Strukturen durchgeführt werden, um Energielieferungen zu sichern. Solche Zielsetzungen hätten auch Rückwirkungen auf die Länderauswahl. Während aus außenwirtschaftlicher Perspektive Länder mit hohem Marktpotenzial und einer technologieintensiven Importstruktur im Fokus stehen sollten, können aus außenpolitischer, etwa energie-strategischer, Perspektive andere Länder relevanter sein. Um mögliche Widersprüche aufzulösen, sollte eine Priorisierung der geopolitischen Ziele erfolgen. In der Umsetzungsphase ist dann der Instrumentenmix anzupassen.

4.2 Reform der europäischen Institutionenarchitektur

Österreich ist eine kleine offene Volkswirtschaft. Aufgrund des Größennachteils sind der EZA, wie auch der Außenpolitik, im globalen Umfeld Grenzen gesetzt. Dies zwingt Österreich, sich mit internationalen, vor allem europäischen Partnern, zu vernetzen und das zur Verfügung stehende Instrumentarium optimal einzusetzen.

Die europäischen Mitgliedsländer und EZA-Institutionen stellen weltweit die meisten EZA-Mittel zur Verfügung. Dennoch stehen die Effektivität der Mittelvergabe bzw. die Auswirkungen in den Zielländern in der Kritik, vor allem vor dem Hintergrund der BRI und insbesondere in Afrika und Osteuropa. Für die mangelnde Effektivität wird u. a. die überaus komplexe Institutionenlandschaft verantwortlich gemacht, die einerseits Doppelgleisigkeiten schafft, während sie andererseits einige Lücken offenlässt. Kritisiert wird zudem das Fehlen einer übergreifenden EZA-Strategie, auch wenn "Global Gateway" ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist. Ansatzpunkte, um diesen Herausforderungen

zu begegnen, benennt etwa ein Bericht einer High-Level-Gruppe über die Finanzarchitektur der europäischen EZA (Wieser et al., 2019). Mit Blick auf die Institutionen werden darin mehrere Optionen vorgeschlagen, die vor allem die Rollen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) betreffen:

- Die EBRD könnte zu einer globalen, europäischen Entwicklungsbank gemacht werden, indem die Extra-EU-Aktivitäten der EIB auf die EBRD übertragen werden.
- In der EU könnte eine neue Bank mit gemischten Eigentümern gegründet werden, zu denen etwa die EIB, die EBRD, die Mitgliedsländer und die Europäische Kommission zählen könnten.
- Die EIB könnte eine Tochtergesellschaft gründen, deren Aufgabe es ist, Aktivitäten außerhalb der EU abzuwickeln.

Die Festlegung auf eine dieser Optionen wäre eine politische Entscheidung und müsste im Vorfeld Widerstände überwinden. Die Aufrechterhaltung des Status quo ist jedoch keine Option, weil dadurch Ineffizienzen und die suboptimale Leistung des bestehenden Systems fortgeschrieben würden. Erste Vereinbarungen zu einer stärkeren Kooperation zwischen EIB und EBRD bestehen bereits, um die Wirksamkeit und Effizienz von EZA in Ländern außerhalb der EU, in denen beide Banken aktiv sind, zu erhöhen.

4.3 Bündelung der Mittel auf europäischer Ebene

Neben der Anpassung der europäischen Institutionenlandschaft ist eine Bündelung der finanziellen Mittel vonnöten, wie sie derzeit auf europäischer Ebene stattfindet. Der "Global Gateway" wird auch durch das "Team Europa"-Paket implementiert. Der Fonds bündelt Gelder in der Höhe von etwa 40 Mrd. € aus Mitteln der EU, der Mitgliedsländer, der EIB und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Der Schwerpunkt liegt vorerst auf der Bewältigung der gesundheitlichen und sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie⁶⁾. Eine weitere Zusammenführung von EZA-Mitteln ist aus strategischer Perspektive wünschenswert, weil dadurch die Steuerung der Mittelverwendung erleichtert wird.

Die Bündelung europäischer EZA-Fonds sollte fortgesetzt werden.

⁶⁾ Zudem wurden Finanzmittel für die Nachbarschaftshilfe und die internationale Entwicklung gebündelt, nämlich im "Neighbourhood, Development and Inter-

national Cooperation Instrument" (NDICI), das 2021/2027 insgesamt 79,5 Mrd. € ausschüttet.

Europäische Mitglieder sollten in allen multilateralen Entwicklungsbanken mit nur einer Stimme vertreten sein.

Eine Ausweitung der Ziele der EZA erfordert eine deutlich stärkere Kooperation der österreichischen Akteure.

Österreich erfüllt die völkerrechtlich verankerten finanziellen Zusagen bisher nicht.

Die Initiativen der USA und der EU implizieren keine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit. Sie bündeln bestehende Programme und heben "westliche Werte" hervor.

Empfängerländer haben verstärkt die Wahl des Geldgebers.

4.4 Multilaterale Entwicklungsbanken

Multilaterale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB) oder der Internationale Währungsfonds (IWF) werden in westlichen EZA-Initiativen (z. B. in der B3W-Initiative) als unterstützende Organisationen genannt. Einerseits ist die Aufgabe dieser Organisationen multilateral, was ein Widerspruch zur Verfolgung westlicher Interessen sein kann, aber nicht muss. In jedem Fall können Prozesse in der Projektentwicklung als "Good Practice" übernommen werden (z. B. die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank). Andererseits sind diese Organisationen als Aktiengesellschaften organisiert. Die größten Eigentümer haben die meisten Stimmrechte und können somit auch eine gewisse strategische Steuerung erwirken. Um innereuropäischen Interessenskonflikten in der Steuerung vorzubeugen, sollten die EU-Eigentümer in sämtlichen multilateralen Entwicklungsbanken – dem Vorbild der AIIB folgend – nur mehr durch eine:n Eigentümervertreter:in repräsentiert werden. So würde das Stimmrecht gebündelt, wodurch hinsichtlich geostrategischer Überlegungen nur mehr ein Kontaktpunkt bestünde.

4.5 Ansatzpunkte in Österreich: Instrumentenmix, Akteure und Zielerreichung

Operativ entstehen durch die Zielbündel und den Maßnahmenplit auch neue Anforderungen an die heimische EZA-Politik. Sinn-

gemäß können einige Empfehlungen für die wirtschaftsnahe EZA – etwa jene aus der Bewertung des Soft-Loans-Programms der OeKB (Wolfmayr et al., 2018) – übernommen werden. Sie adressieren das Monitoring und die Evaluierung sowie die Vernetzung der Akteure.

Für gemeinsame Zielverfolgung ist nicht nur eine Abstimmung der Instrumente erforderlich, sondern auch koordiniertes Vorgehen der österreichischen Akteure. Dafür sollten Aktivitäten von Wirtschaftsmissionen stärker mit den Außenwirtschaftsstellen der Außenwirtschaft Österreich (AWO), den Botschaften und den Niederlassungen der Austrian Development Agency (ADA) vernetzt und besser koordiniert werden.

Durch die Verschränkung von geopolitischen Zielen mit der Entwicklungspolitik besteht die Möglichkeit, die lokalen Auswirkungen der Aktivitäten westlicher Industrieländer in institutionell schwachen Ländern zu steuern und zu überprüfen (z. B. hinsichtlich der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards oder des Lieferkettengesetzes). Dies birgt die Chance, die in Österreich bislang nur mäßig ausgeprägte "Monitoring and Evaluation"-Kultur zu stärken.

5. Wirtschaftspolitische Schlussfolgerung

Im aktuellen Regierungsprogramm wurde eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die EZA angekündigt. Angesichts des Finanzierungsbedarfs und der nicht endgültig feststehenden Finanzierung des "Global Gateway"-Programms wäre es erstrebenswert, die Mittel für die EZA dauerhaft auf die völkerrechtlich zugesagten 0,7% des Bruttonationaleinkommens anzuheben. Im Jahr 2022 wurde diese Zielquote durch ein Entschuldungsprogramm einmalig erreicht.

Generell wird in der rezenten Positionierung der westlichen EZA verstärkt betont, Projekte entlang "westlicher Werte" abzuwickeln, was etwa transparente Projektstrukturen oder die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards beinhaltet. Diese Betonung findet sich in der "Global Gateway"-Initiative der EU genauso wie in "Build Back Better World" der G7. Zudem spielen entwicklungspolitische Initiativen und die Vereinbarkeit mit nichthandelspolitischen Zielen (Non-Trade-Policy-Objectives) eine immer wichtigere Rolle beim Abschluss und bei der Durchsetzung von Handelsabkommen, so z. B. bei den Verhandlungen der Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern oder auch der Partnerschaftsabkommen mit afrikanischen Ländern. Da jedoch weder institutionell noch finanziell Reformen der EZA angekündigt wur-

den, handelt es sich bei den derzeit diskutierten Initiativen der EU oder der G7 nicht um eine Neuausrichtung der EZA, sondern um eine Bündelung bestehender Aktivitäten. Eine stärkere Verschränkung von Handelspolitik und Entwicklungspolitik kann allerdings zu geostrategischen Verschiebungen und somit zu Zielkonflikten führen.

Die verstärkte geostrategische Ausrichtung der EZA eröffnet zudem Drittländern die Wahl des Geldgebers. Hierbei spielen strategische Überlegungen der Empfängerländer eine Rolle. Drittländer mit Kolonialvergangenheit beäugten die westliche EZA lange Zeit kritisch und empfanden sie als bloßes Vehikel westlicher Interessen in Entwicklungsländern (Alemazung, 2010). China wurde als Geldgeber ohne kritische Vergangenheit, der selbst als Entwicklungsland gilt, anfangs willkommen geheißen. Kritik an fehlenden bzw. niedrigen Sozial- und Umweltstandards gab es zwar von Anfang an, sie wurden jedoch de facto akzeptiert (Brütigam, 2010; Tan-Mullins et al., 2010). Die Kritik an China hat sich in den letzten Jahren angesichts von Schuldenkrisen in den Empfängerländern verschärft, wodurch die westliche EZA wieder attraktiver wurde.

Die "Global Gateway"-Initiative der EU ist ein vielversprechendes Alternativmodell zu Chinas BRI, das europäische Werte gebündelt vermarktet und Zugang zu Rohstoffen erschließen kann. Ein strategischer Einsatz von EZA kann zu einer guten Nachbarschaftspolitik beitragen und den Boden für wirtschaftliche Beziehungen, wie z. B. für Handel und Auslandsdirektinvestitionen, bereiten. Er wird allerdings durch die gewachsene Institutionenstruktur der europäischen Entwicklungspolitik erschwert. Die teilweise Überlappung und die unklaren Zuständigkeiten (z. B. in den Portfolios der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), können zu widersprüchlichem Handeln führen, etwa in Hinblick auf Demokratisierung und Rohstoffsicherung. Die Findung einer klaren strategischen Linie bleibt eine Herausforderung. Ein erster Lösungsansatz wäre, die Fragmentierung zu verringern und dadurch die Kohärenz des außenpolitischen Handelns der EU zu erhöhen.

Für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich ist es besonders wichtig, sich international zu vernetzen, um trotz – absolut be-

trachtet – geringer Mittel Einfluss auszuüben. Daneben gilt es, die Koordination nationaler Akteure zu verbessern, wodurch der Ressourceneinsatz effizienter würde. Generell bedeutet die Berücksichtigung von geökonomischen Zielen eine Verschiebung der Themenfelder der Entwicklungspolitik mit jenen der Außenwirtschaft und der Außenpolitik. Die Themenfelder überlappen zum Teil, sind aber teils anders gelagert, weshalb neue, komplexe Zielbündel zustande kommen werden. Einige der Ziele werden miteinander in Konflikt stehen, sodass die Abschwächung bestimmter Ziele zugunsten des gesamten Zielbündels durchaus wünschenswert sein kann. Die Neuordnung des Zielbündels wirkt sich auch auf das wirtschaftspolitische Instrumentarium aus. Um den Komponenten des neu definierten, geopolitisch geprägten Zielbündels Rechnung zu tragen, werden unterschiedliche und möglicherweise auch zusätzliche Instrumente benötigt (del Rio & Howlett, 2013; Dopfer, 1991). Dies stellt beträchtliche Anforderungen an die Koordination der nationalen Akteure – sowohl untereinander als auch mit internationalen Playern.

Die europäische Institutionenlandschaft ist geprägt von Überlappungen und unklaren Zuständigkeiten.

Für Österreich sind die verstärkte Koordination nationaler Akteure und die internationale Vernetzung entscheidend, um Mittel effektiver einsetzen zu können.

6. Literaturhinweise

- Alemazung, J. A. (2010). Post-Colonial Colonialism: An Analysis of International Factors and Actors Marring African Socio-Economic and Political Development. *The Journal of Pan African Studies*, 3(10), 62-84.
- Alesina, A., & Dollar, D. (2000). Who gives foreign aid to whom and why? *Journal of Economic Growth*, 5(1), 33-36.
- Bandiera, L., & Tsipopoulos, V. (2019). A Framework to Assess Debt Sustainability and Fiscal Risks under the Belt and Road Initiative. *World Bank Policy Research Working Paper Series*, (8891). <https://doi.org/10.1596/1813-9450-8891>.
- Bandhyopadhyay, S., & Vermann, E. K. (2013). Donor Motives for Foreign Aid. *Federal Reserve Bank of St. Louis Review*, 95(4), 327-36. <https://doi.org/10.20955/r.95.327-336>.
- Bräutigam, D. (2010). China, Africa and the International Aid Architecture. *African Development Bank Working Paper*, (107).
- Clist, P., & Restelli, G. (2021). Development aid and international migration to Italy: Does aid reduce irregular flows? *The World Economy*, 44(5), 1281-1311.
- del Rio, P., & Howlett, M. P. (2013). Beyond the "Tinbergen Rule" in Policy Design: Matching Tools and Goals in Policy Portfolios. *Annual Review of Policy Design*, 1(1), 1-16.
- Donaubauer, J., Meyer, B., & Nunnenkamp, P. (2016). Aid, infrastructure, and FDI: Assessing the transmission channel with a new index of infrastructure. *World Development*, 78, 230-245.
- Donaubauer, J., Meyer, B., & Thiele, R. (2022). *Does aid help to improve access to FDI?* (mimeo).
- Dopfer, K. (1991). The Complexity of Economic Phenomena: Reply to Tinbergen and Beyond. *Journal of Economic Issues*, 25(1), 39-76.
- Furness, M., & Keijzer, N. (2022). Europe's Global Gateway: A New Geostrategic Framework for Development Policy? *DIE Briefing Paper*, (1). <https://doi.org/10.23661/BP1.2022>.
- Gelpern, A., Horn, S., & Trebesch, C. (2021). How China Lends: A Rare Look into 100 Debt Contracts with Foreign Governments. *Peterson Institute for International Economics Working Paper*, (21-7). <https://doi.org/10.2139/ssrn.3840991>.
- Hammer, A., & Litvin, G. (2020). How big is China's BRI-related OFDI spending & where is it going? *USITC Executive Briefings on Trade*. https://www.usitc.gov/publications/332/executive_briefings/ebot_china_briefdi_07_2020.pdf.
- Helble, M., Mann, C. L., & Wilson, J. S. (2012). Aid-for-trade facilitation. *Review of World Economics*, 148(2), 357-376.
- Horn, S., Reinhart, C. M., & Trebesch, C. (2021). China's Overseas Lending. *Journal of International Economics*, 133. <https://doi.org/10.1016/j.jinteco.2021.103539>.
- Hühne, P., Meyer, B., & Nunnenkamp, P. (2014). Who benefits from aid for trade? Comparing the effects on recipient versus donor exports. *The Journal of Development Studies*, 50(9), 1275-1288.

- Hühne, P., Meyer, B., & Nunnenkamp, P. (2015). Aid for trade: Assessing the effects on recipient exports of manufactures and primary commodities to donors and non-donors. In Arvin, B. M., & Lew, B. (Hrsg.), *Handbook on the economics of foreign aid* (141-161). Edward Elgar Publishing.
- Kim, Y. R. (2019). Does Aid for Trade Diversify the Export Structure of Recipient Countries? *The World Economy*, 42(9), 2684-2722. <https://doi.org/10.1111/twec.12845>.
- Lankester, T. (2013). *The politics and economics of Britain's foreign aid: the Pergau dam affair*. Routledge.
- Lee, H. H., & Ries, J. (2016). Aid for trade and greenfield investment. *World Development*, 84, 206-218.
- Nyberg-Sørensen, N., Hear, N. V., & Engberg-Pedersen, P. (2002). The migration-development nexus evidence and policy options state-of-the-art overview. *International migration*, 40(5), 3-47.
- OECD (2022). Austria. In *Development Co-operation Profiles*. <https://doi.org/10.1787/bd516a04-en>.
- Tagliapietra, S. (2021, 7. Dezember). The Global Gateway: a real step towards a stronger Europe in the world? Bruegel Blog Post. <https://www.bruegel.org/2021/12/the-global-gateway-a-real-step-towards-a-stronger-europe-in-the-world/>.
- Tan-Mullins, M., Mohan, G., & Power, M. (2010). Redefining "Aid" in the China-Africa Context. *Development and Change*, 41(5), 857-881. <https://doi.org/10.1111/j.1467-7660.2010.01662.x>.
- Wieser, T., Alonso, J. A., Barbut, M., Berglöf, E., Dominik, J., Kleiterp, N., Kloppenburg, N., Passacantando, F., & Ulbaek, S. (2019). Europe in the World. The Future of the European Financial Architecture for Development. Council of the European Union, General Secretariat. https://www.consilium.europa.eu/media/40967/efad-report_final.pdf.
- Wolfmayr, Y., Christen, E., Friesenbichler, K. S., Streicher, G., & Url, T. (2018). *Soft Loans als Instrument der Ausfuhrförderung und der Entwicklungszusammenarbeit*. WIFO. <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/61265>.